

Ihre Gesprächspartner:

Dr. Johann Kalliauer
Stefan Friesenbichler

Präsident der AK Oberösterreich
wissenschaftlicher Projektleiter
IFES

**IFES-Studie zeigt:
Politik der Landesregierung und Wünsche
der AK-Mitglieder klaffen auseinander**

Online-Pressekonferenz
am Mittwoch, 23. Juni um 10 Uhr

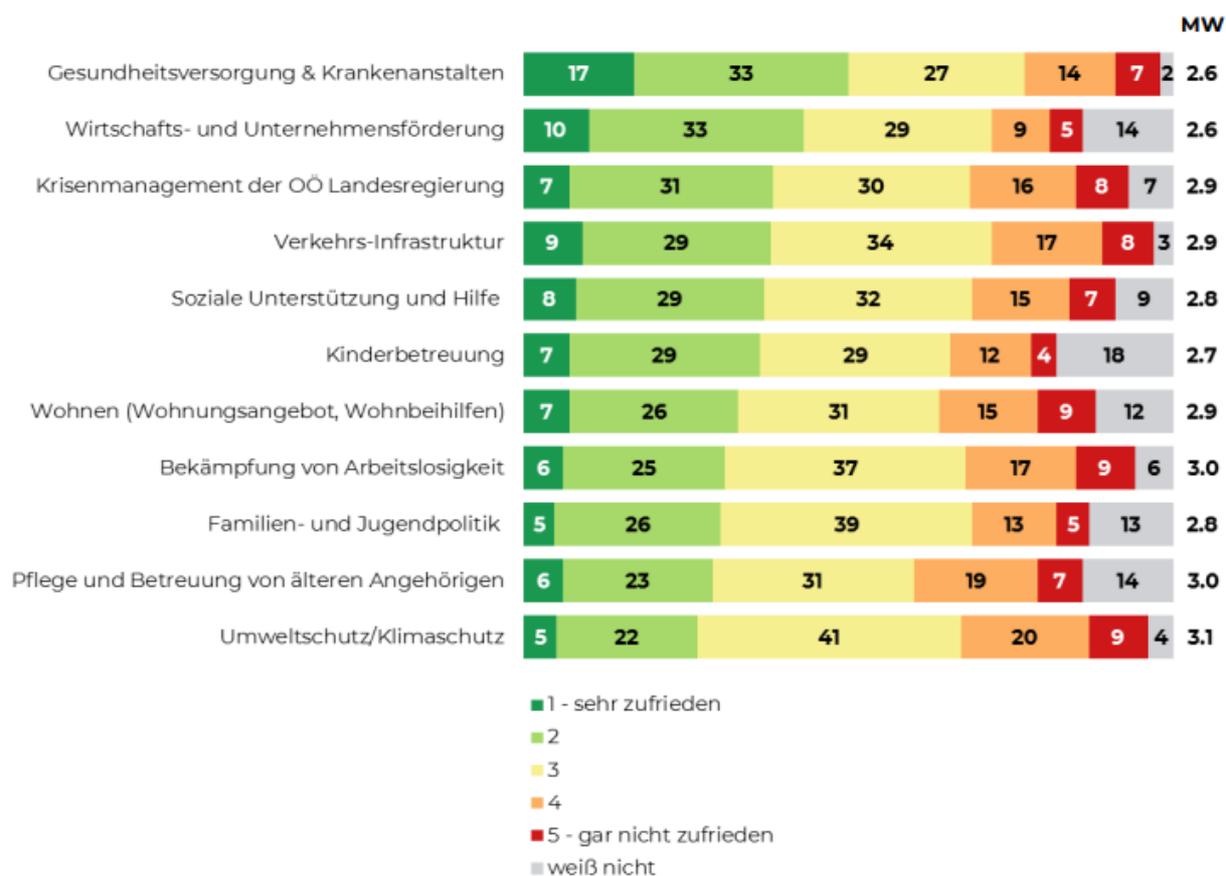
Die Arbeiterkammer Oberösterreich hat das Ohr immer ganz nahe bei ihren Mitgliedern. Kurz vor Ende der Legislaturperiode der Landesregierung wollten wir deshalb wissen, wie zufrieden die Menschen mit der Regierungspolitik in Oberösterreich sind und welche Anregungen sie für die Zukunft haben. Eine repräsentative Befragung unter 800 öö. Arbeitnehmern/-innen durch das Institut für empirische Sozialforschung (IFES) hat spannende und für die Zukunft wegweisende Ergebnisse zu Tage gebracht. „Wir werden uns darum kümmern, dass die Politik diesen Wünschen auch Gehör schenkt“, verspricht AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer.

AK-Mitglieder nur mäßig zufrieden mit Landespolitik

Arbeitnehmer/-innen sind nur bedingt zufrieden mit der Politik der Landesregierung. Die Ergebnisse zeigen, dass in den meisten Politikfeldern, welche in der Kompetenz des Landes liegen, in einem Schulnotensystem im Schnitt lediglich ein Befriedigend von der Landesregierung erzielt werden konnte. Anders ausgedrückt gaben nur zwischen einem Viertel und etwa einem Drittel der Befragten, an, mit der Politik in diesem Bereich zumindest eher zufrieden zu sein (Note 1 oder 2).

Die einzigen zwei Ausnahmen, in denen ein größerer Teil der Arbeitnehmer/-innen mit der Politik der Landesregierung (eher) zufrieden ist, ist der Bereich der „Gesundheitsversorgung und Krankenanstalten“, hier sind es 50 Prozent, sowie jener der „Wirtschafts- und Unternehmensförderung“ mit 43 Prozent. Im Schulnotensystem bekommen diese beiden Bereiche von den Befragten im Durchschnitt eine 2 bis 3. Beide Bereiche haben in der Corona-Krise eine große Rolle gespielt. Es waren und sind die Arbeitnehmer/-innen im Gesundheitsbereich, die in der Krise Höchstleistungen erbringen, für die sich die Oberösterreicher/-innen dankbar zeigen. „Angesichts der Tatsache, dass 80 Prozent der Steuerleistung in Österreich von Arbeitnehmern/-innen und Pensionisten/-innen stammen, sind es auch zum ganz großen Teil deren Steuerleistungen, die in Form der Corona-Hilfen an die Unternehmen fließen“, so Kalliauer. Mit dem Krisenmanagement der Landespolitik zeigen sich nur 38 Prozent der Befragten (eher) zufrieden. Ein Viertel der Befragten war mit dem Krisenmanagement eher nicht bis gar nicht zufrieden.

Zufriedenheit mit Politik der Landesregierung



Pflege, Klimaschutz und Arbeitslosigkeit: besonderer Handlungsbedarf

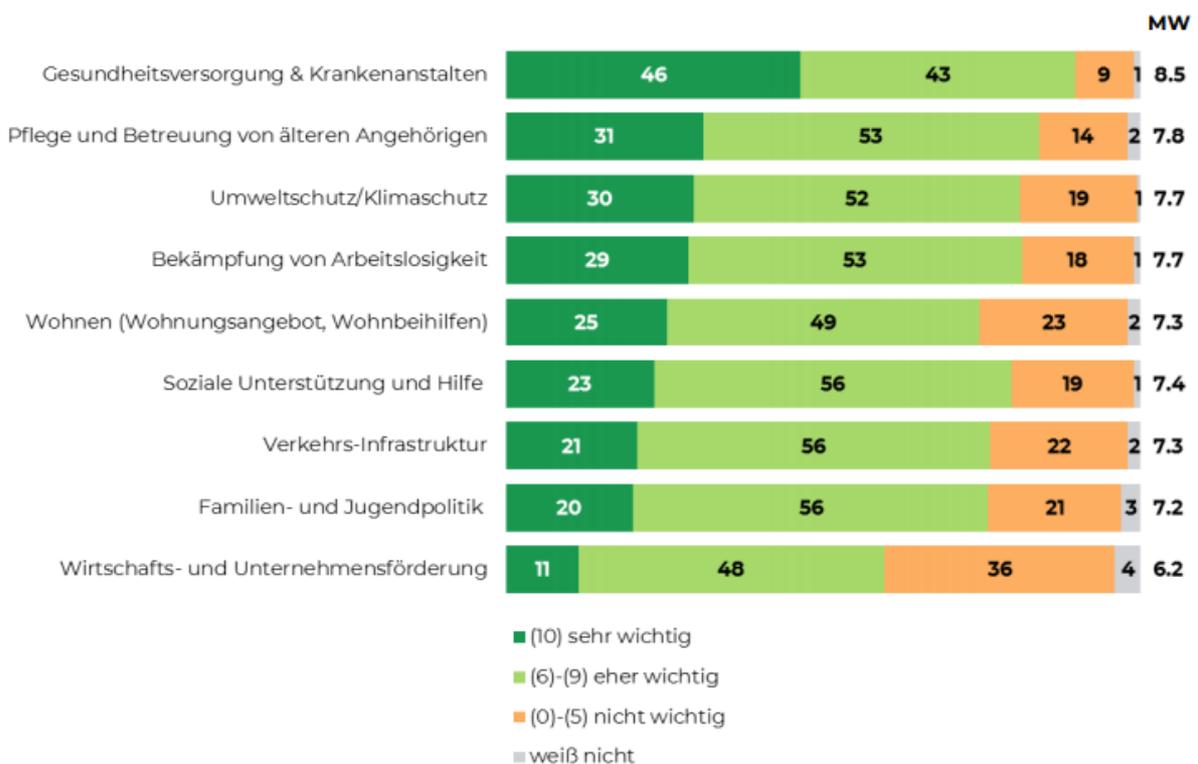
Die größte Unzufriedenheit mit der Arbeit der Landesregierung zeigt sich unter den Befragten in den Bereichen „Pflege und Betreuung von älteren Angehörigen“, „Umwelt- und Klimaschutz“ sowie „Bekämpfung von Arbeitslosigkeit“. Diese Bereiche erhalten nicht nur die schlechtesten Schulnoten. Mehr als ein Viertel der Befragten gab in diesen Bereichen auch an, zumindest eher unzufrieden mit der Politik der Landesregierung zu sein.

Gefragt nach der persönlichen Bedeutung der unterschiedlichen Politikbereiche zeigt sich hingegen, dass gerade diese drei Bereiche den Menschen besonders am Herzen liegen – demnach ein drastisches Missverhältnis! Jeweils rund 30 Prozent der Befragten vergaben auf einer Skala von 0 bis 10 hier volle 10 Punkte und brachten damit zum Ausdruck, dass ihnen das Thema sehr wichtig ist. Noch wichtiger ist den Befragten nur der Politikbereich „Gesundheitsversorgung & Krankenanstalten“. Hier vergab knapp die Hälfte der Befragten die Höchstpunktezahl.

Unternehmensförderung für Menschen keine Priorität

Deutlich unterdurchschnittlich schnitt in der Frage nach der Wichtigkeit einzig der Politikbereich der „Wirtschafts- und Unternehmensförderung“ ab. Nur etwa zehn Prozent der Befragten empfinden das als sehr wichtig. 36 Prozent gaben hingegen an, dass ihnen dieser Politikbereich nicht wichtig ist. „Fälle wie die Kultursubventionen für ohnehin höchst profitable Konzerne haben die Menschen hellhörig gemacht. Die Landesregierung sollte den Fokus weniger auf die Förderung von Unternehmen, dafür mehr auf den Wohlstand der Menschen legen“, fordert der AK-Präsident. „Angesichts der Schieflage bei der Verteilung der Corona-Gelder auf Bundes- und Landesebene zeigt sich da ein gutes Gespür für Gerechtigkeit und eine verständliche Schwerpunktsetzung bei den Arbeitnehmern/-innen“, so Kalliauer weiter.

Wichtigkeit verschiedener Politikbereiche



Arbeitnehmer/-innen fordern Investitionen in Stärkung des Sozialstaats

Wenig verwunderlich ist demnach, dass sich die Befragten bei Wirtschafts- und Unternehmensförderungen tendenziell keine zusätzlichen Investitionen von Seiten der öffentlichen Hand wünschen. Anders verhält sich das Interesse an zusätzlichen Investitionen bei zentralen sozialstaatlichen Kernbereichen. Diese stehen bei den Arbeitnehmern/-innen hoch im Kurs. Die Mittel müssen also nur richtig eingesetzt werden -

dort, wo sie bei den Menschen auch spürbar ankommen. Die Befragten wünschen sich insbesondere in den Bereichen Pflege und Betreuung (47 Prozent der Befragten), Gesundheit (46 Prozent), sowie im Klimaschutz (45 Prozent) zusätzliche öffentliche Investitionen. Auch für die Bereiche Verkehrsinfrastruktur (38), Wohnen (36) und die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit (34 Prozent) braucht es zusätzliche Mittel, geht es nach den Wünschen der Arbeitnehmer/-innen:

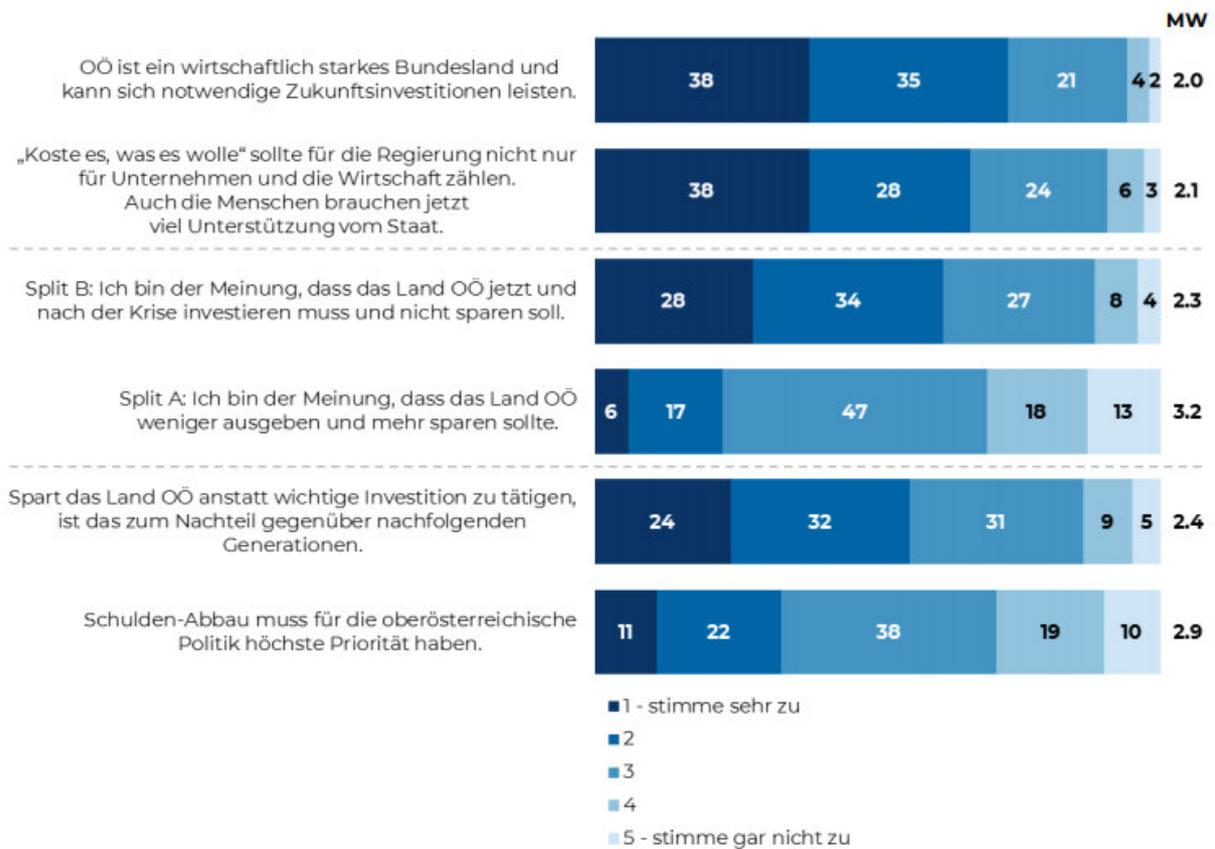
Wunsch nach mehr Investitionen



Mit Zukunftsinvestitionen aus der Krise

Eine Absage erteilen die AK-Mitglieder hingegen einer Politik, welche jetzt nicht die notwendigen Zukunftsinvestitionen tätigt und stattdessen auf Sparen und Schuldenabbau setzt – eine Politik, die wir sehr stark in den Nachwehen der letzten Wirtschaftskrise gesehen haben. „Eine Rückkehr zum Spar- und Kürzungsfetisch, wie sie der Landeshauptmanns bereits angekündigt hat, wäre fatal und gegen die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer!“, warnt Kalliauer.

Ansichten zu Investitionen und Sparen



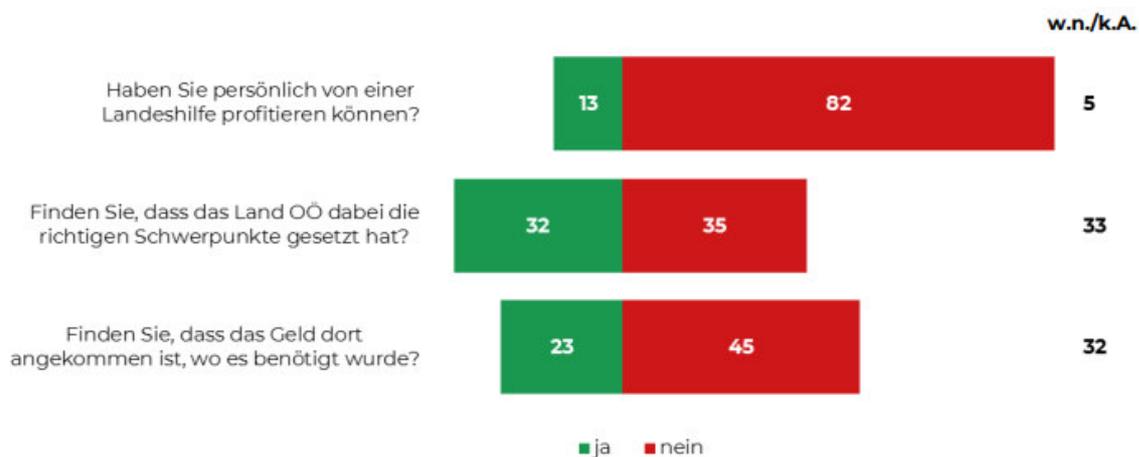
Die Menschen sehen, dass „Oberösterreich ein wirtschaftlich starkes Bundesland ist und sich notwendige Zukunftsinvestitionen leisten kann“. Sie bekräftigen aber auch, dass der Regierungs-Slogan „Koste es, was es wolle“ nicht nur für Unternehmen und die Wirtschaft gelten sollte, sondern vor allem auch für die Menschen, die jetzt viel Unterstützung vom Staat benötigen. Für beide Aussagen gab es überwältigende Zustimmung unter den Befragten. Auch die Zustimmung zur Aussage „Spart das Land OÖ, anstatt wichtige Investitionen zu tätigen, ist das zum Nachteil gegenüber nachfolgenden Generationen“, welche von mehr als der Hälfte der Befragten geteilt wird, verdeutlicht, dass sich die Menschen einen zukunftsfähigen öffentlichen Investitionspfad wünschen.

Fokus stärker auf die Menschen statt auf die Wirtschaft richten

Dass sich die geforderten Investitionen mehr an den Menschen und nicht an der Wirtschaft orientieren sollen, lässt sich auch daraus ableiten, wie die Menschen die bisherige Corona-Politik der oberösterreichischen Landesregierung erlebt haben.

Nur 40 Prozent der Befragten gaben an, nicht mit finanziellen Einbußen oder Einkommensverlusten durch die Corona-Krise konfrontiert gewesen zu sein. Eher oder sehr betroffen war knapp ein Viertel der Befragten. Aber nur 13 Prozent der Befragten gaben an, persönlich auch von einer Landeshilfe profitiert zu haben. Wenig verwunderlich ist demnach, dass 45 Prozent der Befragten meinen, dass das Geld nicht dort angekommen ist, wo es benötigt wurde. In der Frage nach der Schwerpunktsetzung in den Hilfspaketen halten sich positive und negative Einschätzungen in etwa die Waage - bei einer gleichzeitig hohen Anzahl an „weiß-nicht“ Angaben, die auf eine schlechte Kommunikation und Intransparenz hindeuten:

Bewertung der Corona Hilfspakete



AK-Härtefallfonds für Arbeitnehmer/-innen wird sehr geschätzt

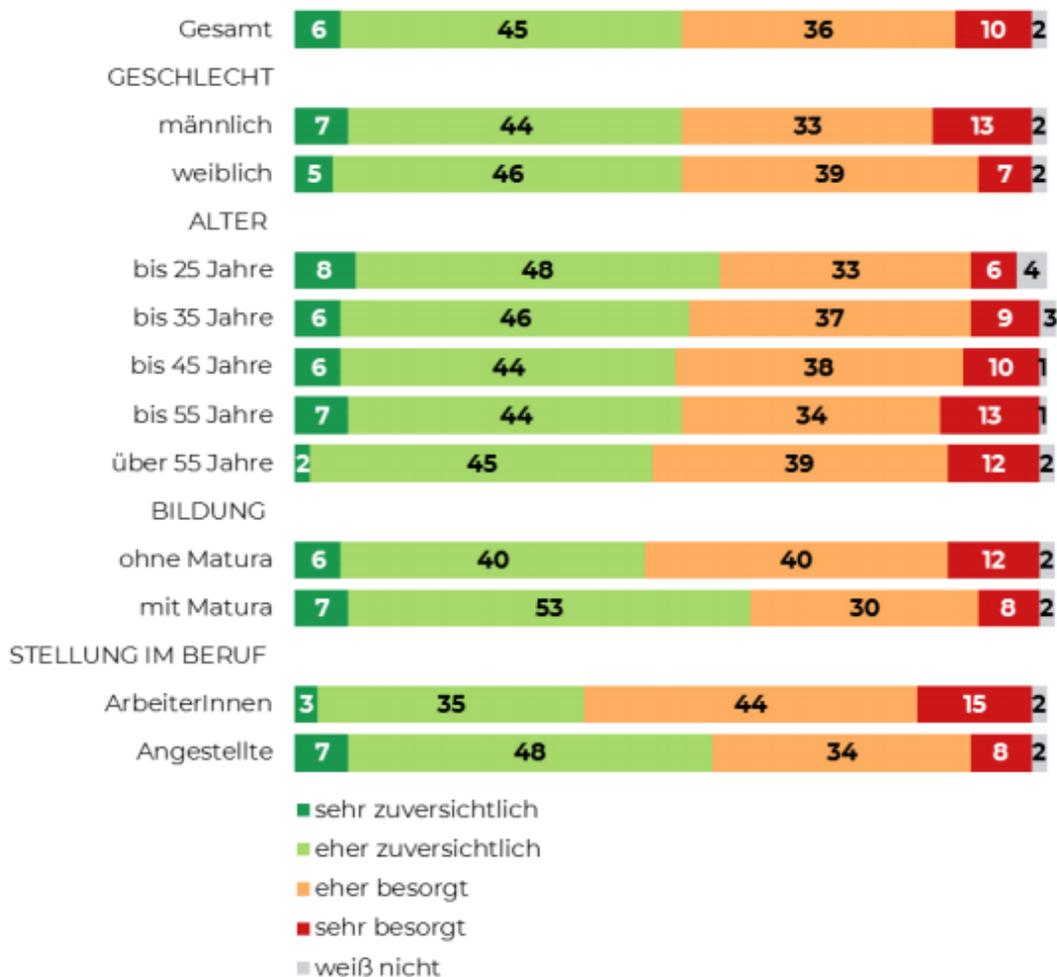
Rund neun von zehn Beschäftigten in Oberösterreich halten hingegen den Corona-Härtefonds für Arbeitnehmer/-innen in finanzieller Not, welcher vom Land Oberösterreich in Kooperation mit der Arbeiterkammer OÖ eingerichtet wurde, für eher bis sehr wichtig. Die Arbeiterkammer scheint mit dieser Maßnahme einen Nerv getroffen zu haben. „Es war uns ein besonderes Anliegen die Menschen nicht im Regen stehen zu lassen“, so Kalliauer.

Ambivalente Zukunftsaussichten

Die Zukunft sehen die Arbeitnehmern/-innen zwiespältig. Knapp die Hälfte blickt tendenziell zuversichtlich in die Zukunft. Die andere Hälfte ist eher

oder sehr besorgt. Ein höherer Anteil an beängstigten Menschen zeigt sich unter Arbeitern/-innen, Menschen ohne Matura und älteren Befragten. „Zukunftsängste müssen von der Landespolitik ernst genommen werden! Wir verlangen hier bedarfsgerechte Lösungen“, fordert der AK-Präsident.

Einschätzung der Zukunft



Details zur Erhebung

Befragt wurden 800 oberösterreichische Arbeitnehmer/-innen in einer gemischten Befragung aus Telefon- und Online-Interviews. Die Befragten ergeben ein gut repräsentatives Bild aller Mitglieder der Arbeiterkammer Oberösterreich. 45 Prozent der Befragten sind weiblich, 55 Prozent sind männlich. 13 Prozent sind unter 25 Jahre, weitere 27 Prozent sind zwischen 25 und unter 35, 23 Prozent zwischen 35 und unter 45 Jahre, 25 Prozent zwischen 45 und unter 55 Jahre und 11 Prozent über 55 Jahre alt. 41 Prozent haben die Matura, 59 Prozent haben keine Matura. 23 Prozent der Befragten

sind Arbeiter/-innen, 72 Prozent sind Angestellte und der Rest sind Lehrlinge (2 Prozent) und öffentlich Bedienstete (4 Prozent). 57 Prozent sind in einem Betrieb mit Betriebsrat bzw. Personalvertretung beschäftigt. 38 Prozent sind Gewerkschaftsmitglieder. 6 Prozent waren zum Befragungszeitpunkt in Kurzarbeit, weitere 31 Prozent waren zu einem anderen Zeitpunkt während der Corona-Krise in Kurzarbeit.

Forderungen der Arbeiterkammer OÖ

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die Arbeiterkammer mit ihren Forderungen am Puls der Zeit ist. „Seit Beginn der Krise verweisen wir darauf, dass es im Umgang mit der Wirtschaftskrise vor allem eines braucht, nämlich Zukunftsinvestitionen und kaufkraftstärkende Maßnahmen, die bei den Menschen ankommen. Wenn den Menschen aufgrund von Einkommenseinbußen und hoher Arbeitslosigkeit das Geld fehlt, fehlt der Wirtschaft auch die Nachfrage. Zwar wird es auch weiterhin Stützungsmaßnahmen für Betriebe brauchen, die Gewichtung der Landesregierung muss jedoch dringend überdacht werden. Die Menschen müssen mehr in den Fokus!“, stellt AK-Präsident Kalliauer klar.

Die Corona-Krise hat die Verteilungsschieflage weiter verschärft. Ein sozialer und ökologischer Entwicklungspfad ist im Moment besonders wichtig, um nicht nach der Gesundheitskrise in die nächste Krise zu stolpern. Die Ergebnisse haben die prioritären Handlungsfelder aufgezeigt: Pflege, Gesundheit, Klimaschutz und der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Insgesamt wird es eine Vielzahl an verteilungs-, konjunktur- und steuerpolitischen Maßnahmen und Reformen auf Landes- und Bundesebene brauchen, welche die Wünsche und Ängste der Arbeitnehmer/-innen ernst nehmen. Einen besonderen Vorrang hat dabei die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Forderungen an das Land Oberösterreich

- Das 5-Punkte-Paket des Landes OÖ ist ein Schritt in die richtige Richtung. Damit wurde die AK-Forderung nach einer kommunalen Beschäftigungsoffensive als Teil des Pakets umgesetzt. Dass jetzt mit dem JOB-RESTART-Programm bis zu 1.000 langzeitarbeitslose Oberösterreicher/-innen in den Gemeinden ausgebildet und beschäftigt werden, ist zu begrüßen.

- Das Land OÖ sollte aber ambitionierter handeln und in den nächsten zwei Jahren rund 4.000 Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt integrieren.
- Im „Pakt für Arbeit und Qualifizierung“ 2021 ist geplant, ein Budget für rund 1.250 Plätze zur Verfügung zu stellen. Das ist nicht ausreichend. Die Anzahl der Plätze muss schnell verdoppelt werden.
- Verteilungspolitik muss als wirtschaftspolitischer Kernbereich begriffen werden und auf allen Ebenen ansetzen. Es braucht insbesondere kaufkraftstärkende Maßnahmen für Arbeitnehmer/-innen und Zukunftsinvestitionen.
- Mehr Investitionen und eine Ausbildungsoffensive in der Pflege, mehr Personal sowie ein besserer Betreuungsschlüssel in Krankenanstalten und Pflegeeinrichtungen.
- In Hinblick auf die Klimaziele und die damit verbundene Transformation der Industrie braucht es einen Ausbau der Öffis und regionale Strategiepläne für Industrieansiedelungen – mit dem Ziel, dass alle Interessensgruppen in einer Region profitieren.
- Das Land OÖ sollte Transparenz endlich als Grundprinzip verankern. Das gilt besonders hinsichtlich aller (Wirtschafts-)Förderungen und Subventionen, damit erkennbar wird, welche Unternehmen und Institutionen die eigentlichen Nutznießer der öffentlichen Gelder sind. Aber auch Budget- und Gebarunggrundlagen sowie Landtagsanfragen und deren Beantwortung sollen zeitnah und übersichtlich veröffentlicht werden.

Forderungen an die Bundesregierung

- Der Bund soll im Sinne einer Jobgarantie allen älteren Langzeitarbeitslosen (45+) eine Beschäftigung im öffentlichen oder gemeinnützigen Sektor anbieten.
- Die Ausbildung bis 18 muss auf die Zielgruppe der 20- bis 24-Jährigen ausgeweitet und entsprechend budgetiert werden.
- Das Erfolgsmodell der überbetrieblichen Lehrausbildung muss ebenfalls so aufgestockt werden, dass es im Herbst keine Knappheit an Ausbildungsplätzen gibt.
- Sozialstaat weiter stärken: Stabilität und Ausbau statt Sparzwang und Leistungskürzungen. Die Krise hat gezeigt, was der Sozialstaat leisten kann. Die Fehler der letzten Wirtschaftskrise dürfen nicht wiederholt werden.
- nachhaltige Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf mindestens 70 Prozent

- Eine echte Steuerstrukturreform, die alle Arbeitnehmer/-innen bei der Lohnsteuer entlastet und deutliche beschäftigungs- und wachstumsfördernde Impulse nach der der Krise setzt. Ebenso braucht es eine soziale, ökologische und kilometerabhängige Reform der Pendlerpauschale. Gegenfinanziert durch höhere Beiträge von Millionenvermögen und digitalen Großkonzernen. Krisenprofiteure müssen einen Beitrag leisten.

Neue Budgetregeln

müssen auf Landes- und Bundesebene so gestaltet werden, dass öffentliche Investitionen für eine gute wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung stets möglich sind. „Schuldenbremsen“ (in Wahrheit „Zukunftsbremsen“) und der Null-Defizit-Fetisch gehören auf das budgetpolitische Abstellgleis!

Interessen der Arbeitnehmer/-innen in den Fokus der Politik

Für die Arbeiterkammer OÖ sind die Erkenntnisse dieser aktuellen Befragung Auftrag, um auch in den nächsten Wochen weitere landespolitische Anliegen der AK-Mitglieder zu veröffentlichen.